

Den Gürtel enger schnallen

Studiengebühren werden eingeführt - sie belasten vor allem finanziell schwache Studenten

Von Stephan Richter

„Nicht zu fassen“, sagt Steffi, die den letzten Euro aus ihrem Portmonnaie nimmt und damit den Kaffee bezahlt, den sie gerade in der Cafeteria gekauft hat. „Das wird aber mal wieder verteufelt eng diesen Monat.“ Steffi studiert Politikwissenschaft im 4. Semester an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Ihr Studium finanziert sie mit etwa 150 Euro Kindergeld und 250 Euro, die ihre Eltern ihr monatlich überweisen. Außerdem jobbt sie noch in den Semesterferien und legt sich so etwas Geld für das Semester zurück. „BAföG bekomme ich leider keines. Bis jetzt bin ich trotzdem immer halbwegs über die Runden gekommen. Aber wenn jetzt noch die Studiengebühren dazu kommen, dann langt das natürlich nicht mehr.“

Wie Steffi sind viele deutsche Studenten von den Studiengebühren betroffen. Denn ab 2007 muss man in fast allen Bundesländern für sein Studium bezahlen. Die wenigen Länder ohne Gebühren - zum Beispiel Berlin und Brandenburg - werden vermutlich bald nachziehen. Auch in Bayern, das in Sachen Studiengebühren von Anfang an eine Vorreiterrolle inne hatte, haben sich die Universitäten auf einen landesweiten Beitrag von 500 Euro pro Semester geeinigt.

„Wie ich das bezahlen soll, weiß ich noch nicht genau, aber meine Eltern können auf jeden Fall nicht dafür aufkommen. Schließlich müssen sie nicht nur mich, sondern auch meinen Bruder finanziell unterstützen.“ Steffi überlegt, ob sie noch einen Nebenjob annehmen soll, um das nötige Geld zu verdienen. Aber sie hat während des Semesters ohnehin kaum Zeit. „Ich hatte eigentlich geplant, mein Diplom in zehn Semestern zu schaffen. Müsste ich jetzt neben dem Studium noch arbeiten gehen, könnte ich das natürlich vergessen.“

Steffi ist kein Einzelfall. Besonders für Studenten aus weniger wohlhabenden Familien sind die Gebühren ein Problem. Deshalb verurteilen Kritiker sie als ungerecht: Durch sie würden Kinder aus sozial schwächeren Familien beim Studium benachteiligt.

Zwar bekommen Studenten unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern Studienkredite mit vergleichsweise niedrigen Zinsen und langer Rückzahlungsfrist angeboten. Die KfW Bankengruppe bietet beispielsweise zwischen 100 und 650 Euro monatlich, bei einem Zinssatz von 5,1 Pro-

zent pro Jahr und einem Rückzahlungszeitraum bis zu 25 Jahren. Aber die Aussicht, hoch verschuldet aus dem Studium zu kommen, ist natürlich vor allem für finanziell schwächere Studenten abschreckend.

„Ja, ich habe schon mit dem Gedanken gespielt einen Kredit aufzunehmen“, sagt auch Steffi. „Aber bei der unsicheren Lage auf dem Arbeitsmarkt kann ich vor allem als Politologin nicht sicher sein, dass ich sofort einen gutbezahlten Job finde. Da will ich nicht noch mit Schulden aus dem Studium gehen.“ Dabei hat sie noch Glück, denn wenn die Studiengebühr kommt, ist sie bereits mit der Hälfte ihres Studiums fertig. „Ich wüsste nicht, ob ich mich noch einmal fürs Studieren entscheiden würde, wenn ich von Anfang an hätte zahlen müssen.“

Ein weiterer strittiger Punkt ist die Verwendung der Studiengebühren. Von offizieller Seite heißt es zwar, die Gelder blieben an den Unis, um dort die Lehre zu verbessern. Aber ob dieses fromme Versprechen letztlich auch in die Tat umgesetzt wird, ist fraglich. „Ich glaube nicht, dass sich an der Qualität der Ausbildung nach der Einführung der Gebühren viel ändern wird“, äußert sich auch Steffi und spricht damit die Befürchtungen aus, die viele ihrer Kommilitonen teilen.

Sicherlich werden die Studiengebühren direkt von den Universitäten erhoben und kommen ihnen auch zu Gute. Wenn aber die Länder im gleichen Maße ihre Gelder für die Unis kürzen würden, hätten diese schließlich genau so viele Mittel wie vorher zur Verfügung. Die Studiengebühren würden indirekt doch in den Länderhaushalt fließen. Vorbild hierfür bieten andere europäische Länder, bei denen der Einführung von Studiengebühren eine Verringerung der Universitäts-Etats gefolgt ist. Die bayerische Landesregierung hat zwar versichert, die Mittel der Universitäten zumindest bis 2008 unangetastet zu lassen, aber wie es danach weitergeht, weiß niemand.

Doch was auch immer passieren mag, Steffi und die anderen Studenten haben sich mit den Gebühren abgefunden. „Egal ob ich dafür bin oder nicht, die Studiengebühren kommen sowieso. Ich muss wohl den Gürtel enger schnallen.“